

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 23

Ausgegeben am 7. März 1919

37. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zur Vorgeschichte des Weltkriegs.

Von Heinrich Cunow.

Der Geheime Legationsrat Dr. Otto Hammann, durch mehr als zwei Jahrzehnte Pressechef im Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches, hat unter dem Titel »Zur Vorgeschichte des Weltkriegs. Erinnerungen aus den Jahren 1897 bis 1906« den zweiten Band seiner Memoiren veröffentlicht.¹ Beschäftigt sich der unter dem Titel »Der neue Kurs« erschienene erste Band vornehmlich mit dem Bismarckschen Rückversicherungsvertrag, so behandelt der zweite vor allem die deutsch-englischen Beziehungen der Jahre 1899 bis 1904, besonders die englischen Versuche einer Annäherung an Deutschland und die nach Fehlschlag dieses Versuches von der englischen Regierung unternommenen Verständigungsversuche mit Japan und Frankreich.

Hammann ist als Memoirenschreiber weder ein gewandter Causeur nach französischem Muster noch ein großzügiger Historiker, der von hohem Standpunkt aus den Gang der Ereignisse überblickt und kritisch Revue passieren läßt. Seine Darstellung ist klar und präzise, aber sie erinnert an die Berichterstattung eines Geheimen Vortragenden Rates, der sich möglichst an sein Material hält, Abschweifungen zu vermeiden sucht und sich als verantwortlicher Beamter fühlt. Über Dinge zu reden, die er nicht gewissermaßen aktenmäßig beweisen kann, hält er nicht für angebracht. Wer nach pikantem Klatsch, halbversteckten Anspielungen und feuilletonistischen sensationellen Enthüllungen verlangt, kommt daher bei der Lektüre nicht auf seine Rechnung. Auch liefert Hammann dem Historiker der letzten beiden Jahrzehnte kein Material, das diesen zwingen könnte, seine Auffassung in wichtigen Punkten zu berichtigen. Wohl aber sind seine »Erinnerungen« geeignet, manchen Einzelvorgang zu klären oder in ein anderes Licht zu rücken und der Charakteristik bestimmter Personen neue interessante Züge hinzuzufügen. Vor allem aber verläßt Hammann sich nicht einfach, wie das nur zu oft von Memoirenschreibern geschehen ist, auf sein Gedächtnis, sondern hat augenscheinlich das, was er berichtet, vor der Niederschrift sorgfältig an seinen Akten und Aufzeichnungen nachgeprüft.

Der interessanteste Teil des neuen Bandes bezieht sich auf das Bündnisangebot Englands vom Jahre 1901 und seine Folgen. Die letzten Jahre des neunzehnten Jahrhunderts hatten England in eine äußerst schwierige Lage gebracht. Das Londoner Kabinett sah sich genötigt, im weiten englischen Kolonialreich allerlei Streitigkeiten zu schlichten und Reibungen mit den Fremdmächten zu beseitigen. In Ostasien wurde

¹ Erschienen im Verlag von Reimar Hobbing, Berlin, 164 Seiten, Preis in Pappband 4,50 Mark.

Englands überwiegender Einfluß immer mehr durch Rußland bedroht, daß das englische Angebot, von keinem Hafen im Golf von Perschili Besitz zu ergreifen, falls Rußland von der Besetzung Port Arthurs Abstand nehme, kurzweg abgelehnt hatte. Rußland ging nach Port Arthur, und England besetzte, um sich ein militärisches Gegengewicht zu verschaffen, Weihaiwei. Auch die Pachtung von Kiautschou erschien England als eine Beeinträchtigung seiner Machtposition in China, wenn man auch zunächst die dortige deutsche Festsitzung gelten ließ — wie Balfour im englischen Unterhaus sagte, um die öffentliche Meinung in Deutschland zu versöhnen. Doch die Lage in Ostasien war nur ein Teil der politischen Klemme, in der sich England befand: in Indien war ein Kampf gegen die nördlichen Grenzstämme entbrannt, und in Afghanistan gewann nach dem Tode des Emirs der russische Einfluß rasch an Boden, während im Sudan der englische Imperialismus mit dem französischen in Konflikt geriet. Schon im Februar 1898 waren im Hinterland von Lagos und Dahomey englische und französische Expeditionen an mehreren Punkten des Nigerbogens einander bedenklich näher gerückt, und nun drohte England auch noch ein Kampf mit den Franzosen im Sudan. In dem Streben, ihre Herrschaft vom Kongo quer durch Afrika bis zum Roten Meer auszudehnen, hatte die französische Regierung 1897 eine Expedition unter dem Major Marchand in das Nilgebiet abgesandt. Die Truppe drang bis zum Weißen Nil vor und besetzte Fashoda. Das hatte zur Folge, daß auch Kitchener nach seinem Siege bei Omdurman nach Fashoda eilte und dort die britisch-ägyptische Flagge neben der französischen hieß. Zwar zog es die französische Regierung in Unbetracht der Machtposition Englands und seiner Überlegenheit zur See vor, im Dezember 1898 die französischen Truppen zurückzurufen, aber die beiderseitige Verstimmung blieb und wurde durch den Versuch Frankreichs im Februar 1899, sich am Persischen Meerbusen im Gebiet von Oman festzusetzen, noch verschärft. Durch die englische Drohung mit einem Bombardement Maskats wurde der Sultan von Oman gezwungen, den mit Frankreich wegen Überlassung eines Hafenplatzes eingegangenen Vertrag für nichtig zu erklären.

Zugleich spitzten sich in Nordwestafrika die Gegensätze zwischen den englischen und französischen Ausdehnungsplänen zu. Im Südosten Marokkos hatten im Juni 1898 französische Truppen die Tuat-Oase besetzt und suchten eine durchgehende Verbindung von Algier über Timbuktu nach Dahomey herzustellen. Dazu kam, daß in Südafrika Englands imperialistische Absichten bei den beiden Burenrepubliken auf hartnäckigen Widerstand stießen und ein Kampf mit diesen fast unvermeidlich schien.

In dieser prekären Lage suchte 1898 die englische Regierung trotz der in der englischen Bourgeoisie herrschenden antideutschen Stimmung Rückenbedeckung beim Deutschen Reich. Chamberlain, der englische Kolonialsekretär, regte, wie Dr. Hammann näher ausführt, in einer vertraulichen Unterhaltung mit dem deutschen Votschaffer Grafen Hatzfeldt in London die Abschließung eines deutsch-englischen Vertrags an: ein Antrag, der bald darauf von Lord Salisbury, dem englischen Premierminister, in einer Unterredung mit dem deutschen Votschaffer bestätigt wurde. In Berlin nahm man diese Anregung etwas skeptisch auf, zumal man aus Petersburg erfuhr, daß England zunächst versucht hatte, mit der russischen Regierung ein Einvernehmen herzustellen, und erst, nachdem dieser Versuch gescheitert war, an

ein Bündnis mit Deutschland zu denken begonnen hatte. Man konnte deshalb in Berlin kaum darüber im Zweifel sein, daß unter solchen Umständen eine Annäherung an England eine Lockerung der guten Beziehungen zu Rußland zur Folge haben werde. Graf Hatzfeldt wies daher in seiner Antwort darauf hin, daß England infolge seines parlamentarischen Regiments nur geringe Garantien für die Innehaltung eines geheimen Bündnisses zu bieten vermöge. Darauf erwiderte Chamberlain, daß die englische Regierung ja den Vertrag dem englischen Parlament zur Genehmigung vorlegen könne. Davon wollte jedoch wieder die deutsche Regierung nichts wissen, da ein derartiges offenes Bündnis mit dem Verlust der russischen Freundschaft hätte bezahlt werden müssen.

Der Werbeversuch Chamberlains hatte deshalb keinen Erfolg, doch blieben die Beziehungen zwischen Deutschland und England zunächst recht gute. Es erfolgte sogar, als portugiesische Finanzleute Hilfe in London und Berlin suchten und als Pfand die portugiesischen Kolonialbesitzungen anboten, eine Verständigung über die Aufteilung dieses Besitzes; jedoch wußte die englische Presse durch allerlei Andeutungen den Widerstand der Portugiesen gegen das Projekt aufzustacheln — und das Abkommen blieb, wie Hamann sich ausdrückt, eine »leere Altrappe«, die nur in Portugal neues Mißtrauen gegen das Deutsche Reich weckte. Englands Regierung wußte das geschickt auszunutzen. Im geheimen brachte sie einen neuen Vertrag mit Portugal zustande, den sogenannten Windsor-Vertrag, der entgegen dem eben erst mit Deutschland getroffenen, noch bestehenden Abkommen Portugal die Verteidigung seines kolonialen Besitzes durch England zusicherte.

Die englische Diplomatie gab jedoch in ihrer Verlegenheit ihr Bemühen, Deutschlands Unterstützung zu gewinnen, vorerst noch nicht auf. Im November 1898 hielt Chamberlain in Manchester und Wakefield zwei Reden, in denen er ausführte, Deutschland sei zwar ein gefährlicher Wettbewerber Englands auf wirtschaftlichem Gebiet, aber es gebe manche wichtige, die beiderseitigen Interessen berührende Fragen, in denen man sich verständigen könne.

In Berlin glaubte man jedoch, es mit Rußland nicht verderben zu dürfen. Am 8. Dezember erteilte Bülow in einer Reichstagsrede folgende an die englische Adresse gerichtete ausweichende Antwort: »Was unser Verhältnis zu England angeht, so will ich heute nur dies sagen — daß es allerlei Fragen und mancherlei Punkte gibt, wo wir mit England zusammengehen können und gern zusammengehen, ohne Schädigung und unter vollster Wahrung anderweitiger wertvoller Beziehungen.«

Während England hinter Deutschlands Rücken im geheimen den Windsor-Vertrag abschloß, zeigte es sich dagegen, um sich nicht noch mehr zu isolieren, in der Samoafrage entgegenkommend gegen die Wünsche der deutschen Regierung.

Der fast gleichzeitig mit der Regelung der Samoafrage ausbrechende Burenkrieg brachte jedoch eine neue Spannung zwischen dem Deutschen Reich und England hervor, da der größte Teil der deutschen Presse lebhaft für die Burenstaaten Partei ergriff und sich wilde Gefühlsausbrüche gegen England leistete. Zwar suchte in Deutschland das Auswärtige Amt dem Loben entgegenzuwirken, ebenso wie in Frankreich Delcassé, der nach dem Fashodafall mit Geschick eine Wiederannäherung zwischen Frankreich und

England anbahnte, doch hatte die deutsche Regierung damit viel weniger Erfolg als die französische, da die französische Presse, weit besser von oben herab dirigiert, größtenteils der diplomatischen Weisung folgte. Dem deutschen Auswärtigen Amt und speziell dem damaligen Reichskanzler, dem Fürsten Bülow, kamen die Deklamationen der deutschen Presse gegen England, wie Hammann versichert und wie durch später bekannt gewordene Tassachen bestätigt wird, sehr ungelegen. Lehnte der Kanzler auch ein gegen Rußland gerichtetes deutsch-englisches Bündnis ab, so wollte er es doch nicht mit England verderben, sondern suchte sich möglichst neutral zu halten. »In der Presse«, berichtet Dr. Hammann, »geschah damals vom Auswärtigen Amt alles, was möglich war, um die unnützen Gefühlsausbrüche gegen England zu dämpfen. In dem Zustand gegenseitiger Vorwürfe zwischen beiden Völkern traten die üblen Seiten des Nationalcharakters, hier schadenfrohes und schimpffreudiges Moralisieren, dort ein herrischer, brutaler Hochmut hervor. Dabei lernten weder die Deutschen mehr Politik, noch die Engländer mehr Moral. Die Regierung jenseits des Kanals hatte aber den Vorteil voraus, daß eine lange politische Erziehung das Volk gelehrt hat: Wenn Kampagne ist, sei es auch nur diplomatische, hat der Soldat der Fahne zu folgen.«

Die Gefühlspolitiker ließen sich aber durch alle Mahnungen nicht in ihren Ausfällen gegen das »perfide Albion« stören, fanden doch die Alldeutschen in dieser Erregung einen sehr günstigen Boden für ihre Flottenvermehrungsagitation. Die feindliche Stimmung gegen England wuchs und erreichte einen geradezu gefährlichen Siedegrad, als um Neujahr 1900 mehrere deutsche Postdampfer von englischen Kriegsschiffen angehalten und nach Port Durban geschleppt wurden. Bülow richtete teils aus Rücksicht auf den deutschen Presselärm, teils um sich nicht in ernstlichen Gegensatz zu den einflussreichen Flottenpolitikern zu setzen, eine energische Note an das Salisbury'sche Kabinett, und dieses gab aus taktischen Gründen in den wesentlichsten Teilen den deutschen Forderungen nach.

Solche gespannte Lage zwischen dem Deutschen Reich und England suchte die russische Regierung auf ihre Weise auszunutzen. Ende Februar 1900 stellte der russische Botschafter Graf Osten-Sacken in Berlin die Frage, ob Deutschland geneigt sei, mit Rußland und Frankreich gemeinsam einen Schritt zur Beendigung des Burenkriegs in London zu unternehmen, das heißt dort zugunsten der Burenstaaten zu intervenieren. Die Antwort, die die deutsche Regierung darauf durch den deutschen Botschafter in Petersburg erteilte, bestand in der Erklärung, die deutsche Politik könne sich der Möglichkeit einer Verwicklung mit anderen Großmächten nicht aussetzen, so lange sie mit feindlichen Tendenzen des französischen Nachbars zu rechnen habe. Damit war die Gegenfrage gestellt: »Erkennt Frankreich den bestehenden Besitzstand als gegeben an, verzichtet es also auf seine Revanchepläne?« Da keine Antwort von seiten Frankreichs erfolgte, fiel der russische Vorschlag ins Wasser.

Wahrscheinlich war man in der Downingstreet in London von den russischen Interventionsabsichten gut unterrichtet, denn in einigen von der englischen Regierung inspirierten Blättern schlug man zu gleicher Zeit einen recht freundlichen Ton gegen Deutschland an, und der Prinz von Wales äußerte in einer Unterredung mit englischen Parlamentsmitgliedern, daß

Großbritannien es hauptsächlich der deutschen Regierung zu danken hätte, wenn ihm bisher ein fremder Interventionsversuch erspart geblieben sei. In dem im Oktober 1900 nach der Niederwerfung des chinesischen Boxeraufstandes abgeschlossenen deutsch-englischen Peking-Abkommen gab England denn auch die früher von ihm im Pekingvertrag beanspruchte privilegierte Stellung im wesentlichen preis. Eine im Oktober 1901 von dem russischen Geschäftsträger in Berlin wiederholte Auswärtige Amt übernahm, gemeinschaftlich eine Vermittlung zwischen England und den Burenstaaten zu versuchen, fand daher in Berlin noch weniger Entgegenkommen als früher.

Die Verstimmung, die fast allgemein in Europa wie in den Vereinigten Staaten von Amerika das schroffe Vorgehen Englands gegen die Buren hervorrief, ließ es indes dem die antienglische Strömung argwöhnisch beobachtenden englischen Kabinett erneut geraten erscheinen, zur Stützung seiner isolierten Stellung sich nach einem Bundesgenossen auf dem europäischen Kontinent umzusehen — besonders nachdem Lord Lansdown das bisher von Lord Salisbury selbst geleitete Auswärtige Amt übernommen hatte. Anfang Januar 1901 äußerte Chamberlain in einem Gespräch zu dem ersten Sekretär der deutschen Botschaft in London, Freiherr v. Eckardtsfeld, England wünsche einen Anschluß an Deutschland oder Rußland; er persönlich ziehe aber ein engeres Verhältnis zu Deutschland entschieden vor und glaube, daß man den Anfang mit einem Geheimabkommen über Marokko machen könne. Lehne die deutsche Regierung solche Verständigung ab, so könnte England genötigt sein, sich mit Rußland zu vertragen, sei es auch unter Opfer in China und am Persischen Golf. Gleichzeitig schlug die inspirierte englische Presse einen anderen Ton gegen den deutschen Rivalen an, und als am 21. Januar 1901 Wilhelm II. an das Sterbelager seiner Großmutter eilte, fand er in England eine »fast herzliche« Aufnahme. Der englische König verlieh ihm die Würde eines britischen Feldmarschalls und pries in Tischreden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England.

Alles sprach dafür, daß die englische Regierung ernstlich eine Annäherung an das Deutsche Reich suche. In Berlin kam man diesen Versuchen auch ziemlich weit entgegen, meinte aber die englische Zwangslage nicht vor schnell erleichtern, sondern zunächst nur eine freundlich abwartende Haltung einnehmen zu sollen. Wie Hammann berichtet, fürchtete Bülow, daß ein deutsch-englisches Bündnis in Anbetracht der englandfeindlichen Strömung in Deutschland auf starken Widerspruch stoßen werde. Zudem wollte man aber das Verhältnis zu Rußland nicht trüben. Als Rußland in der Mandchurei festeren Fuß zu fassen suchte und die englische Regierung unter Berufung auf das Peking-Abkommen Deutschland zu gemeinsamen Vorstellungen in Petersburg zu bewegen suchte, lehnte deshalb auch Bülow das Ansuchen mit der Begründung ab, daß sich der Vertrag seinem Wortlaut nach nicht auf die Mandchurei erstrecke.

Doch auch über diese erneute halbe Abweisung kamen die Freunde des deutsch-englischen Allianzgedankens im englischen Kabinett hinweg. »Sie brachten«, wie Hammann sich äußert, »Lord Salisbury dahin, daß er sich zu einem Bündnis, das ganz auf Verteidigungszwecke bei Doppelangriff beschränkt wäre, grundsätzlich bereit erklärte.« Dieser Plan fiel jedoch ebenfalls ins Wasser, teils aus Rücksicht auf Rußland, teils weil Herr v. Holtstein

in Anlehnung an ein früheres Bismarcksches Projekt dem Ziele eines Zusammenschlusses Englands und Japans mit dem Dreibund nachjagte.

Im Sommer 1901 bot sich noch einmal Gelegenheit zur Abschließung eines deutsch-englischen Allianzvertrags. Als im Laufe dieses Jahres immer deutlicher die Absicht Frankreichs hervortrat, Marokko in seine Gewalt zu bringen, schlug die englische Regierung der deutschen im August erneut ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Bestrebungen vor, fand dort aber wieder keine Gegenliebe, da man in Berlin meinte, man könne sich von England ebensowenig in Marokko gegen Frankreich wie in Ostasien gegen Rußland »v o r s c h l e b e n« lassen. Auch ein nochmaliges Zurückkommen Lord Lansdownes auf diesen Bündnisplan hatte keinen Erfolg.

Die Folge war, daß England nun als Gegengewicht gegen die russischen Ausdehnungsbestrebungen in Ostasien einen engeren Anschluß an Japan zu finden suchte: ein Versuch, der zu dem bekannten Bündnisvertrag vom 30. Januar 1902 führte, durch den festgesetzt wurde, daß, wenn einer der beiden Vertragsschließenden (England und Japan) in Verfolg seiner ostasiatischen Interessen mit einer dritten Macht in kriegerische Verwicklungen geriete, der andere Kontrahent neutral bleiben solle, falls aber noch eine vierte Macht auf der Gegenseite eingreife, seinem Verbündeten zu Hilfe kommen müsse.

Und diesem Bündnis mit Japan folgte alsbald die in die sogenannte „Entente cordiale“ auslaufende Verständigung mit Frankreich. Schon im Frühjahr 1903 war zwischen John Bull und Marianne eine recht zärtliche Liaison hergestellt. Als Eduard VII. im Mai des genannten Jahres dem Präsidenten der französischen Republik seinen Besuch abstattete, fand er in Frankreich eine geradezu begeisterte Aufnahme. Bald darauf, am 14. Oktober, folgte der Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrags beider Mächte, durch den alle zukünftigen Streitigkeiten zwischen ihnen, die nicht ihre Lebensinteressen oder ihre nationale Ehre berührten, der Entscheidung des Haager Tribunals überwiesen blieben. Und diesem ersten Vertrag reihte sich am 8. April 1904 ein zweiter an, der die alten kolonialen Streitfragen zwischen beiden Staaten erledigte. Frankreich erkannte die englische Herrschaft über Ägypten an und verzichtete auf seine Fischereigerechtfame in den neufundländischen Gewässern; dafür gestand die englische Regierung Frankreich die Oberherrschaft über Marokko zu und willigte in einige den französischen Ansprüchen entgegenkommende Grenzberichtigungen in Westafrika. Zugleich wurde durch diesen Vertrag das Verhältnis beider Mächte in Hinterindien zu Siam geregelt.

Damit war die „Entente cordiale“ zwischen beiden Mächten geschaffen, und über sie fand dann auch unter Frankreichs Vermittlung England den Weg zur Verständigung mit Rußland. Das Endergebnis war jener Vierbund, der 1914 zu Beginn des Weltkriegs als geschlossene Machtkoalition dem Bund der Mittelmächte gegenübertrat.

Die deutsche Reichsleitung hatte, um Rußland nicht zu reizen, die Gelegenheit verpaßt, mit England und im weiteren mit Japan ein Bündnis zu schließen, und fand nun England und Japan mit Rußland und Frankreich zu einer mächtigen Gegenkoalition vereinigt. Die traditionelle Rücksichtnahme auf das Sarenreich hatte sich schlecht gelohnt. England hatte sich aus

der Isolation befreit und sein altes weltpolitisches Übergewicht neu befestigt, während das Deutsche Reich sich in die Rolle des Tertius patiens gedrängt sah. Die Hauptschuld daran weist Dr. Hammann der unglücklichen Thesenpolitik des im Auswärtigen Amt allzu mächtigen Herrn v. Holstein zu. Er meint (S. 95): »Was Bismarck in dem Gespräch mit St. Vallier als Wahnsinn bezeichnet haben soll, das war ihm Glaubenssatz, nämlich die Ansicht, daß der Antagonismus der beiden Weltmächte England und Rußland eine unabänderliche Tatsache sei. Er hielt es für unmöglich, daß gerade Marokko, über dessen Küsten das seebeherrschende Greater Britain Chamberlains so eifersüchtig wachte, jemals die Brücke für eine Entente cordiale zwischen England und Frankreich bilden könnte. Wie Fürst Bismarck in der ägyptischen Frage unter vorwiegender Begünstigung Englands dafür sorgte, daß der Streif mit Frankreich offen blieb, so empfahl es sich auch, ein Zusammengehen mit England an der weltpolitisch wichtigen Nordwestecke Afrikas nicht abzulehnen. Wir hätten dann wahrscheinlich nicht nach Algeciras zu gehen brauchen oder die Reise dahin unter viel günstigeren Bedingungen antreten können.«

Überblickt man rückschauend die Gestaltung unserer ausländischen Beziehungen seit 1904 mit ihrem schließlichen Ergebnis, dem Zusammenprall des Vierbunds mit dem mitteleuropäischen Zweibund im Weltkrieg, dann ergibt sich zweifellos, daß das Festhalten Bülow's an der alten Bismarckschen Politik, zwei Eisen im Feuer zu haben, ein schwerer Fehler war. Die neue, vornehmlich durch die Fasnoda-Affäre und den Burenkrieg herbeigeführte politische Konstellation erforderte das Einschlagen eines neuen Weges. Zwischen England und Rußland mußte gewählt werden. Und da konnte es, wie die Dinge um die Wende des neunzehnten Jahrhunderts lagen, kaum zweifelhaft sein, daß die herkömmliche einseitige Rücksichtnahme auf das Zarenreich zurücktreten mußte, ohne daß deshalb ein Krieg Deutschlands mit seinem östlichen Nachbarn provoziert zu werden brauchte. Am nützlichsten wäre ein Bündnis mit England und Japan gewesen, zu dem sich trotz der Okkupation Kiautschous zweimal eine günstige Gelegenheit bot. Unter geschickter Verwendung der damaligen englischen Lage hätte das geschehen und Deutschlands Machtstellung in Europa gehoben werden können, ohne daß Deutschland nötig gehabt hätte, seine Kontinentalpolitik in den Dienst Englands zu stellen oder die russische Regierung zu kriegerischen Gegenmaßnahmen zu reizen. Wenigstens hätte verhütet werden müssen, daß England schon wenige Jahre nach dem Fasnodaestreit die Entente cordiale schloß und sich über Frankreich mit Rußland verständigte. Durch das Eingehen auf Englands Angebot der gemeinsamen Abschließung eines Marokkoabkommens wäre das erreicht worden. Indes würde es ein Unrecht sein, der damaligen Reichsleitung allein die Schuld an diesem Fehler beizumessen. Nicht mindere Schuld trug daran einerseits die Vorliebe der deutschen konservativen Regierungsbürokratie und des Junkertums für das zarische Regiment, die traditionelle Freundschaft mit dem russischen Despotismus, und andererseits die in der deutschen Presse zum Ausdruck kommende, durch den Burenkrieg maßlos gesteigerte Englandfeindschaft fast aller Schichten des deutschen Bürgertums. Auf dem Gebiet der Außenpolitik hat sich ja das deutsche Volk in seiner Gesamtheit stets noch weniger von klaren,

realpolitischen Erwägungen leiten lassen wie auf dem innerpolitischen Gebiet. Nicht bestimmte nationale Interessenziele haben meist seine Auslandspolitik bestimmt, sondern Fragen und Gegensätze der inneren Politik und daneben allerlei ethisch-sentimentale Gefühlsregungen. Die Fähigkeit, solche Gefühlsregungen nationalpolitischen Nützlichkeitsbetrachtungen und geschichtlich gegebenen Zweckzielen unterzuordnen — eine Fähigkeit, die in so hohem Grade der politisch denkende Engländer, der Bourgeois- wie der Arbeiterpolitiker besitzt —, fehlt dem deutschen Durchschnittszeitungspolitiker fast ganz. Das war vor dem Kriege der Fall und ist noch heute so, wie die rein gefühlsmäßige Betrachtung des Wilsonprogramms, der Waffenstillstandsbedingungen, des Völkerbündnisprojekts sowie — das gilt nicht zum wenigsten von unserer eigenen Partei — das Unvermögen, von alten Parteierinnerungen und traditionellen Ideologien loszukommen und den Weg aus der Parteipolitik zur nationalen Staatspolitik zu finden, zur Genüge beweist.

Kant und Rousseau.

Von Karl Vorländer.

(Schluß.)

V.

Der Grundgedanke von Rousseaus gesamter Staatsphilosophie, die Volkssoveränität, findet sich auch bei Kant, wobei der »Gesellschaftsvertrag«, in Übereinstimmung mit Rousseau selbst, nicht als geschichtliches Faktum, sondern als »untrügliches Richtmaß« oder »leitende Idee« verstanden wird. Das Volk, das aus einer bloßen »Menge« durch einen Akt des allgemeinen Willens (Rousseaus *volonté générale*) überhaupt erst entsteht, ist der eigentliche Souverän, von dem alles Recht ausgeht, dem alle gesetzgebende Gewalt zukommt (Ewiger Frieden, S. 128, Rechtslehre, S. 46). »Was ein Volk über sich selbst nicht beschließen kann, das kann der Gesetzgeber auch nicht über das Volk beschließen.« (Theorie und Praxis, S. 134.) Der Wille aller — in der Idee, nicht als Zufallsmehrheit gedacht, wie Rousseaus *volonté générale* im Unterschied von der zufälligen *volonté de tous* — ist »der Urquell alles Rechtes« (Lose Blätter, II, S. 94). Wie bei Rousseau der König, so führt auch bei Kant das Staatsoberhaupt die Gesetze als »Agent« des eigentlichen Souveräns bloß aus. Deshalb haben auch für beide die verschiedenen äußeren Staatsformen — ähnlich wie heute für den kaiser denkenden Sozialisten (vergl. den Amsterdamer Kongress von 1904) — nur einen sekundären Wert: »Es ist aber an der Regierungsart dem Volke ohne alle Vergleichung mehr gelegen als an der Staatsform (wiewohl auch auf dieser ihre mehrere oder mindere Angemessenheit zu jenem Zwecke sehr viel ankommt«, Ewiger Frieden, S. 130, vergl. auch Rechtslehre, S. 169 f.).

In Einzelheiten ist keine besondere Übereinstimmung der Ansichten festzustellen, in einer Hinsicht sogar ein bedeutender Unterschied. Während Rousseau nämlich eine Volksvertretung durch gewählte Repräsentanten grundsätzlich ablehnt, so hält Kant das »Repräsentationssystem«, also die parlamentarische Verfassung für die einzig richtige. Gewiß ist auch er nicht blind gegen deren Schattenseiten, wie er denn an dem großbritannischen Scheinparlamentarismus, der den Absolutismus »unter dem Schein